

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
sendung: Monatlich 10.— M., ein-
mal jährlich 100.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Schlesien, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Angernburg 20.— M. Für
das übrige Ausland 25.— M. Soli-
destellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Belustigung“ und der
Beilage „Erziehung und Kirmesreisen“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:
Die achtspaltige Sonntagsbeilage
kostet 500 M. „Kleine Anzeigen“
das in jeder Zeile 150 M. (10-
minütig zum festgedruckten Worte) jeder
weiteren Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 1.— M.
Die Beilege enthalten sich einschließliche
Zerlegungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 6. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Steuervorlagen der Regierung.

Berlin, 6. August. (Amtlich.) Die Beratung des Reichs-
kabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen
Abschluß gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichs-
finanzministeriums kann folgender Überblick gegeben werden.

Es liegen folgende Gesetzesentwürfe vor:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des
Zuckersteuergesetzes. Erhöhung der Zuckersteuer von 14
auf 100 M. für 100 Allogramm.

2. Entwurf eines Sälzstoffgesetzes.

3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntwein-
monopol. Erhöhung der Heilölsteuereinnahme von 800 auf
mindestens 4000 M., unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und
Vereinfachung des Gesetzes.

4. Entwurf eines Gesetzes betreffend Erhöhung
einzelner Verbrauchssteuern:

a) Erhöhung der Leuchtstoffsteuer auf das Bierfache.
b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineral-
wassersteuer.

c) Erhöhung der Biersteuer auf das Bierfache, unter
gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten
— 50 M. — und dem niedrigsten Steuerfah — 41 M. —

d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuerfah — § 86
des Tabaksteuergesetzes —, unter gleichzeitiger Umgestaltung der
obersten Steuerklasse für fein geschnittenen Rauchtobak, Pfeifen-
tabak, Rau- und Schnupftobak.

5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von
Zöllen — Erhöhung der Zollfah für Bananen, Datteln, Kaffee,
Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade, sowie für eine Reihe von
Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind
oder nur dem Luxus dienen.

6. Entwurf eines Gesetzes über die Abände-
rung des Kohlensteuergesetzes — Erhöhung der Kohlensteuer auf
80 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des Reichs-
ministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu
ermäßigen.

7. Entwurf eines Kennwertgesetzes — Zulassung von
Buchmacherwerten.

8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes — wesent-
liche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der
Zulassungsgebühren.

9. Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. — Die
gegenwärtigen im Reichsstempelgesetz vorgesehenen niedrigen
Steuerfah sollen erhöht und die Steuerbefreiung ein-
geengt werden. Der Steuerfah soll für Feuerver-
sicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pf., auf beweg-
liche Gegenstände 40 Pf. für 1000 M. betragen unter entsprechender
Berücksichtigung für Wohnversicherungen, Lebensversicherungen
4 vom Hundert der Prämie.

10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Ab-
änderung des Umsatzsteuergesetzes. — Verdoppelung der Um-
satzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften
bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Aus-
fuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung
der Auguststeuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter,
mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungsfah
der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert
bleiben.

11. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung
des Körperschaftsteuergesetzes. — Die Körperschaftsteuer soll bei
den Erwerbseinkünften 30 vom Hundert des gesamten steuerbaren
Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen
der Schachtelgesellschaften sollen abgeschwächt, die Er-
höhung der Körperschaftsteuer durch eine Milderung der Besteuerung
des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise aus-
geglichen werden. —

12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes.
Unter vollständiger Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes,
aus dem die Besteuerung der Kennwerten Versicherungen und
Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen worden ist, sollen
die Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrs-
steuergesetz zusammen besonders behandelt werden. Hierunter fallen
Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf
Kapitaleinlagen beschränkt ist. Hieron ist insbesondere die Be-
steuerung der Aktiengesellschaften mit 7 Prozent zu erwähnen. Das
System der Börsensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher
Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der
Sätze für Dividendenzinse, insbesondere Aktien. Die
Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf 6 Prozent
erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden, damit sie sich jeweils
der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit
der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die
letzte Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirt-
schaftlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen. Die Börsen-
umsatzsteuer soll auch die Gewährung von Bezugsrechten
ergreifen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbeaufsicht.

steuer, die gelegt wird auf Erwerb von ganzen Ge-
schäftsunternehmungen und Sondervermögen und eine Ergänzung
der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das
Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der
Mark und der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen
es nach seiner Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt
werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem be-
stimmten Stichtag, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern
auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens
entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die
jeder Schwankung der Mark folgt, der sachlichen Berechtigung. Bei
dem Reichsnotopfer werden Vermehrungen des Vermögens und
Wertveränderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind,
grundsätzlich nicht, Wertminderungen nur im engen Rahmen berück-
sichtigt. Neu gebildete Vermögen werden von ihm
nicht erfaßt. Die Ablösung des Reichsnotopfers, das auf der
Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der
schlechteren vorgenommen werden. Es läßt mithin gerade diejenigen
im weiten Umfang unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes
Nahleher der Geldentwertung geworden sind. Das Reichsnotopfer
stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung
des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Be-
wertungsregeln unter dem Grundfah einer besonderen
Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung
der Sachwerte gegenüber dem reinen
Kapitalvermögen erscheint unter den gegen-
wärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar.
Während das Kapitalvermögen sich bei gleichbleibendem Nennbetrage
wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert,
bleiben Gewerbebetriebe und Grundbesitz im wesentlichen von der
Geldentwertung verschont.

Deshalb schlägt der Entwurf einen schgemäßen Ausbau des
Reichsnotopfergedankens vor. Und zwar in der Weise, daß zwar

Hilfe für Rußland! Ein Aufruf des ADGB.

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei
Deutschlands, mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das von
Hungersnot und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu ver-
anstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier
nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden
russischen Arbeitsbrüdern und wir weisen auch den Gedanken
weit von uns, etwa diese Unschuldigen verantwortlich zu
machen und sie büßen zu lassen für die Sünden der
jetzigen Gewalthaber in Sowjetrußland, die ihre
reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortdauernd nach
Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu
zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen
Arbeitschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.
Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Ar-
beitern Rußlands bekunden, wie können wir ihnen in ihrer
schweren Not helfen?

Gewiß ist das Elend in Rußland größer als die Not, von
der die Arbeiterschaft in unserem eigenen Lande seit Jahren
heimgequält wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter
Deutschlands angesichts der Lage, in der sie sich gerade jetzt
befinden, selbst beim besten Willen imstande sein werden, durch
Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen,
mit der gegen die Hungersnot in Rußland irgend etwas aus-
zurichten wäre.

Brotgetreide und Geldmittel gegen die Hungersnot
müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können un-
möglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die
Cholera und andere Seuchen, die in Rußland wüten.
Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter
Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem
Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB, durch
seinen stellvertretenden Vorsitzenden Grafmann vertreten
ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung be-
reits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden
Maßnahmen in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.
Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber
unterrichtet.

Berlin, den 3. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewer-
schaftsbundes.

(gez.) Th. Leipart.

der nach Befehl über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers
bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Reichs-
betrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit
einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll. Hierbei ist in Aussicht
genommen, den festen Stichtag aufzugeben und damit
alle neugebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeit-
abschnitten von etwa drei zu drei Jahren oder auch in kürzeren
Zeitraumabschnitten zu veranlagern und damit Wertsteigerungen und
Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen
unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu be-
werten und damit die schwer empfundene Ungleichmäßigkeit der ge-
tenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögens-
steuer soll von 0,05 bis auf 1 vom Hundert auf-
steigen und bei nicht physischen Personen 1/4 vom Tausend
betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag
treten, der physische Personen 300 vom Hundert, für nicht physische
Personen 150 vom Hundert der Vermögenssteuer beträgt. Jede Be-
günstigung des werbenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der
Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die
Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in
vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich
machen.

Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Ab-
gabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr der eigenen
wirtschaftlichen Entschlieung überlassen, in welcher Weise der
Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften trag-
bare Steuerlast abzurufen will. Zur Grundlage der Wertermittlung
soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichs-
abgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer
Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln
der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des
Zuschlages für alles Vermögen, das nicht als Kapitalvermögen
der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besonders der Wert-
bewegung angepaßte Bewertungsgrundfah gelten. Diese Grund-
fah sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung
des Reichsrates sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen
Erwerbszweige sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates
mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Wertstand der
Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen, insbesondere
auf Gewinn und Umsatz des Unternehmers, Rücksicht nehmen. Da-
bei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste
Durchschnittsfah zugrunde gelegt werden. Das Ziel der Bewer-
tungsregeln soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz
in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Insofern
Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichs-
notopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechen-
der Verzinsung auf die Vermögenssteuer angerechnet oder auf An-
trag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie
entrichtet worden sind.

14. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. — An die
Stelle des geltenden Besteuerungsgesetzes soll im Anschluß an die
unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögens-
zuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach
den gleichen Grundfahen wie bei der Vermögenssteuer er-
folgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark
betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt,
sollen von der Steuer freibleiben. Der Steuerfah soll mit
1 vom Hundert für die ersten 100 000 M. beginnen und bei Zu-
wachsbeiträgen über 5 Millionen M. den Höchstfah von 10 vom
Hundert erreichen.

15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom
Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der
Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchem Ver-
mögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der
anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhaft selbst unter
Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Gold-
mark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne
müssen zur Besteuerung herangezogen werden. Trotz des Bedenkens,
daß hierdurch eine verstärkte Steuer- und Kapitalflucht
oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive
Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster
Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung
des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden.
Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffs-
bestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Be-
steuerung unter Schonung des mäßigen Zuwachses den
in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs erfassen. Ver-
mögen bis zu 200 000 M. sollen von der Abgabe befreit bleiben,
ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 M. Die Steuerfah
sollen sich zwischen 5 und 30 vom Hundert bewegen, und die Bewer-
tung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebs-
kapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das
stehende Betriebskapital dagegen nach Wahl des Steuerpflichtigen
mit dem gemeinen Werte oder mit den Herstellungskosten angelegt
werden.

Die unter Ziffer 1-3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nummer 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Besitzes soweit als irgendmöglich weiter ausbauen; zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfasst wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundbesitz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Ein politischer Skandal.

Das Kesselreiben gegen Müller-Brandenburg.

Das reaktionäre Treiben gegen den Genossen Major Müller-Brandenburg in Thüringen nimmt nachgerade größte Formen an. Die nationalstische „Thür. Allg. Zeitung“ behauptete, Müller-Brandenburg hätte sich um die Aufstellung als Landtagskandidat für die SPD. in Thüringen bemüht; ferner würde das gegenwärtig schwebende Verfahren gegen Müller zu einer großen Aktion ausgebaut. Genosse Müller-Brandenburg sandte nun an unser Thüringer Parteiblatt den folgenden Brief, der geeignet ist, die schamlose Heße der thüringischen Reaktion in ihrer ganzen inneren Verlogenheit bloßzustellen.

Die „Thür. Allg. Ztg.“ behauptet in ihrer Nr. 211, ich hätte mich um die Aufstellung als Landtagskandidat für die SPD. in Thüringen bemüht. Ich stelle hiermit fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist, dementsprechend alle daran geknüpften weiteren Behauptungen der „Thür. Allg. Ztg.“ wie auch ihre Betrachtungen hierzu aus der Luft gegriffen sind. Ich stelle ferner fest, daß die weiteren Behauptungen des genannten Blattes, das mein Fall sich noch vor den Wahlen zu einem Skandal erster Ordnung auswachsen werde, nur so zu verstehen sind, daß die Kreise um Höfer (Landbund! Red. d. B.), von Eichel-Streiber usw. die Absicht haben, einen politischen Skandal aus meinem Fall zu machen. Diese Kreise sind allerdings skrupellos genug, meinen Fall, der eine einzige Anklage wider sie selbst ist, den sie mit Hilfe unerhörter Verleumdungen und bewusster Lügen in die Wege geleitet haben, für ihre Wahlzwecke zu benutzen. Das können sie jedoch nur, wenn sie der Wahrheit ins Gesicht schlagen.

Weiterhin stelle ich entgegen den Behauptungen des oben genannten Blattes fest, daß der Reichsanwalt bzw. sein Vertreter meinen beiden Rechtsbeiständen (den Herren Dr. Kieß, Jena, und Dr. Graf, Leipzig) gegenüber mehrfach abgelehnt hat, das Hauptverfahren zu eröffnen. Ich habe daraufhin in vergangener Woche persönlich in Leipzig Vorstellungen erhoben. Der Vertreter des Reichsanwalts hat mir jedoch erklärt, daß es ihm nicht möglich sei, das Hauptverfahren zu eröffnen, da das vorgelegte — auch das Material in Weimar — keine Basis zur Anklageerhebung geschaffen habe.

Es ist auch dem Reichsanwalt nach dessen Erklärung mir gegenüber nicht gelungen, den Kronzeugen wider mich, den Herrn Lampel aufzutreiben. Solange man aber Lampels nicht habhaft wird, kann der Reichsanwalt sich gar nicht darüber äußern, ob das Verfahren eingestellt werden kann oder weiterzugehen hat. Mein Einwand, das Hauptverfahren zu eröffnen, dann werde Lampel vielleicht auftauchen, wurde als nicht in Frage kommend abgelehnt. Der politische Skandal liegt also in der Tatsache, daß der Kronzeuge der Reaktion sich seit April d. J. drückt und sich der eiblichen Vernehmung durch den Reichsanwalt entzieht. Ich stelle dies hiermit vor der Thüringer Öffentlichkeit fest.

Müller-Brandenburg, Major a. D.

In's Freie.

Von Alfred Hein-Königsberg.

Wir entnehmen einem neuen Prosabuch von Alfred Hein: „Die Braunschweiger Reife“ (Eindeutung einer sippischen Kindersucht) das folgende Stimmungsbild, das die Nacht des Großvaters ins weisse Land schildert. Das Buch erscheint demnächst im Verlag von Heinrich Wittenberg, Dresden-Leipzig, mit Bildern von Franz Hein.

Der Tag der Abreise naht. Der schwarze Bahnhof ist Tor zur Befreiung. Ein wenig Grün schimmert schon, schaut man durch die Halle. Wir steigen ein. Der Zug fährt. Grün wird's. Siebel kommen. Sonntagmorgenglocken. Und tausend Verchen! Die Seele probiert; Manchmal kann sie die Jubellieder schon hoch ins Blau begleiten, — da aber entfaltet man mir gegenüber eine schreiende Zeitung, ich stürze ab in das Gerümpel von Partei- und Diplomatensphrasen. All die Schlagworte, wie Dualismen schießen sie mir in die Augen. Flucht der Gedanken zur Geliebten. Hand in Hand verlinkt. Friede naht wieder leis. Ein stilles Dorf. Diesen Bahnhof hat man noch nie „gestört“, „gestört“. Weinblatt zittert um seine Türle, Kinder spielen um ihn. Gute Glodenblumen singen ihn in den Schlaf, sobald der Zug und die knallig rote Mütze des „Stationsvorstandes“ wieder in der Behausung verschwinden sind. Dann wieder Wiesen, Wald, Haus, Bach, Tal, Tal, Bach, Haus, Wald und Hügel, Blumenrain, stille Straße, Kinderlachen, eine gute Bauernfrau, Heuwagen, Wehrenselder, froher Mohn, friedliche Kornraden, Mühle, Wald, Dorf, Bach, Tal, Tal, Bach, Haus, Wald und — Schlote, Häune, Mauern, Fabriken — ach wieder eine Stadt. Freundlicher als jenes Konstrum, das wir verlassen. Siebel leuchten hervor. Alte treue Lärme. Nur der Bahnhof pröht mit seinem nächsten Backsteinbau und seinen Wellblechhallen, mit seiner Bierbude. Knotenpunkt der Berliner Strecken! Welche Wichtigkeit! Man muß sich modern geben, auch wenn man Siebel und Spitzen aus dem 12. Jahrhundert besitzt. Ehe der Kerner sich festsetzt, fliegt der Zug waldhinein, noch einmal grüßt des schmucken Städtchens Runterbunt.

Immer tiefer in den grünen Frieden! Wir steigen aus. Der Wagen wartet. Eine sonnige Fahrt mitten in den Sommer hinein steht bevor. Pferdegeruch. Der Kutscher hat ein gutmütiges Gesicht. Kinder im leichten Kleid und barfüßig zwischen all den Halmen, Gärten und Heuhaufen. Das stille Wäldchen der Blumen umträumt gut. Alles tut sich auf. Schon fahren wir. Ganz verkommen bin ich in den Wagen gestiegen. Alles verschmiegt sich in den Wald. Augen schließen sich unter süßer Vogelmelodei. Es ist zum Kindwerden alles wieder. O diese sich leicht hinabsenkende Lichtung zur grünen Blütenbühne. Ein Theater für Eisen und Feen. Oder noch schöner als dieser romantische Traum ist das wirkliche Drama der

Je erregter sich die Deutschnationalen in der Angelegenheit Müller-Brandenburg benehmen, um so mehr bekommt man den Eindruck, daß sie ein äußerst schlechtes Gewissen haben und eine schleunige Erledigung des Falles fürchten. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen thüringischen Landtages sein, volle Klärung in diese merkwürdige Angelegenheit zu bringen.

Nichtwähler und Bürgerblock.

Die kommenden Berliner Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Der „Lokal-Anzeiger“ predigt seinen Lesern und insbesondere den Nichtwählern, die das vorige Mal zu faul gewesen seien, einen Stimmgeld abzugeben, die Notwendigkeit, jetzt die rote Mehrheit zu zerbrechen. Dabei wird alles Glend, alles Unglück der Stadt Berlin, jede Nachkriegswirtschaft und sogar die Besteuerung des Wohnungslurus als schauerliche sozialistische Sünde vorgeführt, die unbedingt getötet werden müsse. Man schließt mit der Einheitsparole: „Der Gegner steht links! Bürger Berlins, vereinigt Euch!“

Die Bestrebungen auf Bildung eines Bürgerblocks wollen nicht zur Ruhe kommen, obwohl von verschiedenen Seiten ziemlich eindeutige Ablehnungen gekommen sind. Jetzt fordert der „Bürgerblock“, dies bekannte reaktionäre Gebilde, zur Sammlung von Mitteln auf, um eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien herzustellen, die bürgerlichen Wählermassen aufrütteln und sie am Wahltage an die Urne bringen zu können, damit die rein sozialistische Mehrheit vernichtet werde.

Es ist noch nicht aller Tage Abend. Ob es gelingt, in Berlin die sozialistische Mehrheit zu vernichten, das hängt ja nicht allein von den Freunden des Bürgerblocks ab. Möglich wird das nur sein, wenn unsere Anhänger, wenn das werktätige Volk seine Pflicht nicht tut.

Die Gelder der Unterstützungskommission.

Jetzt beginnt die „Rote Fahne“ auf die Angriffe gegen die ihr nachstehenden Leute der kommunistischen „Roten Hilfe“ mit ausführlichem Material zu antworten. Wir müssen die Richtigkeit jener Angaben der „Roten Fahne“ überlassen, wir werden zu dem Gesamtkomplex der Fragen erst Stellung nehmen, wenn die zuständigen Instanzen sich mit der Angelegenheit abschließend beschäftigt haben. Heute sei nur mitgeteilt, daß die „Rote Fahne“ Emil Barth vorwirft, daß er sich in der Zeit vom Januar 1919 bis zum Mai 1920 nicht im geringsten um die Geschäfte der Unterstützungskommission gekümmert habe. Erst im Mai 1920 habe er wieder Interesse an deren Geschäften gezeigt, allerdings nur, um von ihren Geldmitteln 140 000 M. zugunsten des Geschäftsunternehmens der „Freiheit“ abzuheben. Das sei verhindert worden. Im September 1920 habe er nochmals versucht, aus den Geldmitteln der Unterstützungskommission ein Darlehen von 200 000 M. für die „Freiheit“ zu erhalten. Diese habe als Sicherheit zwei Schmalzmaschinen angeboten, obwohl sie noch Eigentum der Lieferanten gewesen seien. Aus diesen Gründen und wohl auch aus andern bisher nicht ausgesprochenen habe man Barth aus der Leitung der Unterstützungskommission ausgeschaltet. Die feindlichen Brüder scheinen einander wert zu sein.

Die kommunistische „Rote Hilfe“ sendet uns unter Berufung auf den § 11, also unter Stützung auf ein „kapitalistisches Schandgesetz“, die nachstehende Berichtigung. Wir hätten die Mitteilung ohnedies aufgenommen, weil ihre Feststellung doch beweist, daß die Stelle, die die Gelder wirklich bekommen hat, sich immer noch in ein merkwürdiges Dunkel hüllt.

„In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 3. August (Nr. 179) erklärt Herr Emil Barth u. a. folgendes: Da die Abrechnung am 16. November 1920 abschloß und am 18., 19. und 20. November 1920 375 000 M. abgehoben worden sind, so glaube ich wohl nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß nach der Abrechnung am 15. April im Laufe der nächsten Tage die gesamte Summe oder große Teile derselben der „Roten Hilfe“ überwiesen wurden.“

Wir erklären dazu, daß wir von der Berliner Unterstützungskommission keinen Pfennig erhalten haben.“

sechs Linden da drüben im Wald. Sie leben wie ich. Haben Sturm, Wetter, Glanz, Tod, Schlaf, Traum, Kauschen und Singen. In ihnen wohnen die lustigen Weisen und die traurigen Nachtigallen. Wir sind genau so festgewachsen und wir sind genau so gewollt von den großen Wäldchen der Natur. Nur glaubt jeder frei zu sein. Werde still und beschneide wie diese Bäume, und du bist frei! Der Gedanke hängt feig Gold an, er macht ganz naht. Auch die sechs Bäume sind naht. Der ganze Wald. Und unsere Seelen fliegen pompös einher. So ist's recht!

Fahrt geht im Flug. Ein Bauerndorf schlängelt sich kreuz und quer durch die Felder. Kirchen werden langsam schon rot. Feuerlilien eine ganze Weile den Rain entlang. Roter Mohn, weißer Mohn, weißer Klee, roter Klee! Das alles blüht wie einst, altnen den Sinnen. Duftes's seltsam süß aus einem Garten, einer Herde Göklein klingeln, ein Kind spricht mit seiner Mutter, im Wald der Kuckuck, eine lustige Wölchensstimme am Himmel, grämiger Stadtmenschen Geschifter lächeln auf — nie wird des Augenblickes Duft, Klang und Bild vergessen: Größtes Erlebnis: Glück...

Doch die Frierlichkeit der Natur wird nie bratenroter oder postellich. Sie malt flugs etwas Alliges hin! Sieh diesen Hügel! Ist er nicht wie eine Glatze, auf der die dünnen Ähren, zu einer Raupe geformt, herausstrecken? Alte schnurrige Oberlehrer fallen einem ein: Schuljungenstreiche...

Alles tut sich abermals auf. Der Wagen fliegt von Ueber-raschung zu Ueber-raschung. Denn die Rhythmen noch nie gesehener Landschaften bewegen heftig die Seele. Sie sind neue Inbegriffe für das Gleichmaß der natürlichen Dinge in all ihrer scheinbaren Willkür und ihrem Hingeworfensein. Das Geheimnis der harmonischen Farbenübergänge bewegt uns aufs neue.

Die Pferde ziehen an. Die Hunde bellen. Am Stall vorbei: Mist flinkt heraus. Man empfindet es als Wohlthat. Das kleine Gut ist eingeschmiegt in große, alte Bäume. Linden sind darunter, leise duftend... Im letzten Augenblick wendet der Wagen, begleitet von einem zeitendünen Bächlein, nach links, ein breiter Hof, das helle Haus! Menschen in der Veranda winken und lachen!

Das größte Eisenbetonschiff, das bisher für die Binnenschifffahrt erbaut wurde, ist dieser Tage auf der Mindener Eisenbeton-Werft fertiggestellt und seinem Elemente übergeben worden.

Das Schiff, dessen Länge 67 Meter, dessen Breite 8,6 Meter und dessen Höhe 2,25 Meter beträgt, ist nicht, wie bisher üblich, in Holzschalung an Land gegossen, sondern in einem Schwimmdock in Spritzbeton hergestellt. Durch Abjäten des Docks auf den Grund des Mindener Industrieflusses wurde das Schiff entschlüsselt und nach Definen einer Dauerlauf ausgefahren. Dadurch wird der bei Betonschiffen besonders unangenehme Stapellauf erspart, und das Bau-dock nach dem Auspumpen sofort für den nächsten Bau verfügbar. Durch das übertragene arbeitende Spritzverfahren und die genaue Berechnung der ganzen Konstruktion ist der Hauptfehler der Beton-

Allerhöchst genehmigt!

Folgendes Schriftstück ging uns im Original zu: Besitzzeugnis.

Dem Referatskommissar... sind in Anerkennung seiner seit 5 Jahren zufriedenstellenden Dienstführung auf Grund der Allerhöchst genehmigten Vorschriften über die Dienstkleidung der preussischen Staatseisenbahnbeamten die einsachen goldenen Plattschnüre als äußerlich erkennbare Auszeichnung verliehen worden, worüber dieses Besitzzeugnis ausgestellt ist.

Sagan, den 14. Juli 1921.

Der Vorstand des Eisenbahnamtswams (gez.) Heiff.

Es wäre von Interesse zu erfahren, wer die „Allerhöchste Genehmigung“ zur Verleihung der Abzeichen erteilt hat. Wenn man berücksichtigt, daß Dokende solcher allerhöchst genehmigter Vorschriften heute noch bestehen, so erkennt man, daß hiermit ein ganz bestimmter Zweck verfolgt wird. Dieser besteht nämlich darin, den Beamten zu suggerieren, daß die republikanische Verfassung nur ein Uebergangsstadium bedeutet und demzufolge keine Aussicht hat, in Zukunft beibehalten zu werden. Die stille Ministerarbeit, die von diesen kleinen Schädlingen ausgeübt wird, wächst sich nachgerade zu einer Gefahr aus, die zu bekämpfen die zuständigen Behörden bisher weder Mut noch Reizung gezeigt haben.

Kriegsbeschädigte raus!

Vom Reichshund der Kriegsbeschädigten, Gau Westfalen, wird uns geschrieben:

Die Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegszeit haben den Kriegssopfern zur Genüge gezeigt, daß der bekannte „Dank des Vaterlandes“ höchstens bis an die Geldbeutel derjenigen Kreise herantreibt, die dieses Wort einmal im Laumel der National- und Kriegskonjunktur gefühlte geprägt haben. Selbst ein großer Teil unserer Reichs- und Staatsbehörden hat zusammen mit diesen Konjunkturrittern den Beweis besonderer Gedächtnisschwäche gegenüber den Kriegssopfern erbracht. Das stärkste Stück auf diesem Gebiete leistet sich zurzeit Generalleutnant von Lohberg in seinem Rundschreiben Nr. 78 vom 3. Juni 1921 — Abt. 2 b 6721. — Er bespricht dort die Selbstbewirtschaftung der Militärantennen und empfiehlt — besser gesagt besteht — dem ihm unterstellten Truppenteil des 6. Wehrkreises, zum 1. Oktober 1921 sämtlichen Inhabern von Militärantennen zu kündigen, desgleichen die von ihnen innegehabten Wohnungen zu kündigen. Nötigenfalls sollen andere Räume befragt werden. Ausdrücklich betont Herr von Lohberg in dem besagten Rundschreiben, daß dieser Plan die besondere Billigung des Herrn Reichswehrministers gefunden habe. Es steht nun fest, daß ein großer Teil dieser Kammerpächter Kriegs-, zum Teil Schwerekriegsbeschädigte sind, die zum 1. Oktober d. J. durch freundliche Vermittlung des Herrn Lohberg arbeitslos werden.

An alle Kriegssopfer Deutschlands ergeht von hier aus die dringende Bitte, geschlossen gegen ein derartiges unwürdiges Verhalten Front zu machen. Tausende von Resolutionen muß der Reichswehrminister in den nächsten Tagen und Wochen erhalten, damit er verstehen lernt, daß die große Masse der Kriegssopfer nie und nimmer ein derartiges Vorgehen dulden wird. Der vorliegende Fall bietet reichlich Gelegenheit, den Lugiasfall in der Reichswehr gründlich zu reinigen. Es ist vielleicht eine Herkulesarbeit, aber der Reichswehrminister darf versichert sein, den Dank der breiten Volksmassen zu erringen, wenn hier eine Arbeit gemacht wird.

Einigung im Landarbeiterstreik.

Von der Pressestelle der Mecklenburg-Schweriner Ministerien wird mitgeteilt, daß Freitag auf Einladung des Staatsministeriums eine Sitzung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfand, in der eine Einigung im Landarbeiterstreik herbeigeführt worden ist. Es wurden Vereinbarungen über Lohn-zulagen getroffen, welche vom 1. August ab Geltung haben. Ferner sollen Kündigungen in geeigneten Fällen wieder rückgängig gemacht und versucht werden, gefährdete Arbeiter anderweitig unterzubringen.

schiffe, das große Gewicht, fast ganz beseitigt. Das jetzt entfaltete Schiff hat nur einen Tiefgang von 50 Zentimeter, also nur zirka 5 Zentimeter mehr als gleichgroße eiserne Schiffe. Damit ist die technische und wirtschaftliche Gleichberechtigung des im Betriebe viel billigeren Betonschiffes auch für die Binnenschifffahrt erwiesen.

Denkmal für Emil Fischer. Die Interessengemeinschaft der Deutschen Farbenindustrie will dem großen Chemiker Emil Fischer in Berlin ein Denkmal errichten. Der Magistrat hat zugestimmt und eine Stelle auf dem Luisenplatz (gegenüber dem Koch-Denkmal) zur Verfügung gestellt.

Ein internationaler Kongress der Augenärzte wurde am Donnerstag in Wien eröffnet. Das erste Referat hielt Professor Lidoff-Vienna über den grünen Star und seine Operationsmethoden. Im ganzen sind 43 Vorträge und 20 Vorführungen in Aussicht genommen. Frankreich, Belgien und England haben den Kongress nicht bestritten, aus allen übrigen Staaten sind die hervorragendsten Augenärzte erschienen.

Die gebildete Steuerbehörde. Im Londoner Lyric-Theater wird gegenwärtig „Beggars Opera“ aufgeführt, das Meisterwerk des Dichters John Gay, der um die Wende des 17. Jahrhunderts gelebt hat. Das Stück hatte seinerzeit die für die damaligen Verhältnisse gewaltige Zahl von 63 Aufführungen erreicht und das auf der englischen Bühne herrschende italienische Lustspiel völlig verdrängt. — Der heilige Bureaucratismus ist aber in England ebenso gebildet wie anderswo, und so kam es, daß die Direktion des Theaters jetzt unter der Adresse „John Gay, Esq.“ ein Schreiben der Steuerbehörde empfing, in dem eine Auffstellung der von dem Autor von „Beggars Opera“ im Laufe der letzten Jahre bezogenen Lantienmen verlangt wurde. — Der Berner „Gegenwärtige Adresse unbekannt“, mit dem die Direktion den Brief zurücksendete, wird die Steuerbehörde jedenfalls zu weiteren gewissenhaften Nachforschungen veranlaßt haben.

Ein Denkmal für den Erfinder der Gänseleberpaste. Pariser Blätter melden, daß man in Strahburg das Bedürfnis fühlt, dem Erfinder der Gänseleberpaste, einem Koch namens Klose, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte, ein Monument zu setzen.

Da die Gänseleberpaste ein wertvolles Geschenk ist, das die Stadt Strahburg der französischen Kultur verdankt (das Räusler ist bekanntlich deutschen Ursprungs), so wird man dieses Bedürfnis verstehen und stilligen können.

Erstaufführungen der Woche. Sonn. Rose-Theater: „Jugend“. — Sonn. Volkstheater: „Der Oberkellner“. — Theater in der Königgräber Straße: „Kotus“.

Ein Buch über Aidsener hat Lord Escher unter dem Titel „Die Tragödie Lord Aidseners“ geschrieben, das der Verlag von Murray anzeigt. Es beruht in der Hauptlage auf Logenbuchnotizen des Verfassers, die sich auf seinen täglichen Verkehr mit Aidsener beziehen.

Gewerkschaftsbewegung

Internationaler Lederarbeiterkongress.

Zum 9. August wird nach Wien ein internationaler Schuhmacher- und Lederarbeiterkongress einberufen. Dem neben voraus die Berufsvereine der drei zurzeit bestehenden Internationalen Vereinigungen: 1. Internationaler Schuhmacher- und Lederarbeiter-Union, 2. Internationale Lederarbeiter-Union, 3. Internationale Vereinigung der Sattler und verwandte Berufsgenossen, um zur eventuellen Gründung einer Internationalen Vereinigung für die gesamte Lederindustrie Stellung zu nehmen, über die dann der gemeinsame Kongress entscheiden soll.

Die Anregung zu einer solchen Verschmelzung geht aus von der französischen Organisation der Schuh-, Häute- und Lederarbeiter und datiert bereits aus dem Jahre 1909. Durch den Kriegsausbruch wurde der für das Jahr 1914 vorgesehene Kongress verhindert, die französische Organisation verfolgte jedoch auf ihren Landeskongressen die internationale Verschmelzung weiter und auch der 1919 in Zürich abgehaltene Internationale Kongress der Schuhmacher- und Lederarbeiter-Union stimmte der Verschmelzung zu. Die Situation der für eine Verschmelzung in Frage kommenden internationalen Vereinigungen ist dadurch kompliziert, daß sich im Laufe der Zeit fast überall im Auslande die für die Lederindustrie bestehenden Berufsverbände zu Industrieverbänden verschmolzen, so daß dort also die Schuhmacher, Sattler, Gerber und Handschuhmacher national einseitlich organisiert sind, aber drei verschiedenen internationalen Vereinigungen angehören.

Für die Verschmelzung liegen Sachverständigen vor von der französischen Organisation und der englischen sowie ein von den drei internationalen Sekretären ausgearbeiteter Entwurf. Die schweizerische Organisation der Lederarbeiter hat auf ihrer erst vor einiger Zeit abgehaltenen Generalversammlung den Austritt aus der zweiten Internationalen beschloffen. Ausland wird sich auf dem Kongress durch eine Delegation vertreten lassen; auch für den Berufsverband der Lederarbeiter ist, durch die Presse wenigstens, eine Vertretung der russischen Lederarbeiter angekündigt. Auf der Tagesordnung des gemeinsamen Kongresses steht u. a. ein Referat „Weltwirtschaft und Weltfrieden“, den Punkt 5 bildet die Stellungnahme zur eventuellen Gründung einer Internationalen Vereinigung für die gesamte Lederindustrie, dann folgt die Statutenberatung und letzter Punkt ist die Wahl des Sekretärs und der Mitglieder des Zentralkomitees.

Die Gewinnbeteiligung im englischen Bergbau.

Über den Abschluß des am 4. Juli beendeten Streiks im englischen Bergbau werden in einem Artikel von Nummer im „Korrespondenzblatt“ genaue Angaben gemacht. Das am 28. Juni mit einer Mehrheit von 727 020 Stimmen angenommene Abkommen stimmt einem Lohnabzug von insgesamt 7 1/2 Schilling pro Tag zu. Dieser Lohnabzug erfolgt nicht auf einmal, sondern stufenweise und zwar so, daß im Juli zunächst 2 Schillinge abgezogen werden, im August weitere 2 1/2 Schillinge und im September abermals 3 Schillinge pro Tag. Für die jungen Leute unter 16 Jahren wird nur die Hälfte abgezogen. Zur Milderung von Härten hat sich die britische Regierung bereit erklärt, einen Staatszuschuß von 10 000 000 Pfund zu geben, der für die Gruben oder Bezirke bestimmt ist, deren Betriebsergebnisse selbst den gefürchten Lohn zu entrichten nicht gestatten. Nach Vollzug der Lohnkürzung tritt bis Dezember 1922 ein Dauerzustand ein, während welcher Zeit der Mindestlohn so hoch sein soll, daß er 20 Proz. über den von 1914 gezahlten Löhnen liegt. Gleichzeitig wird der Unternehmergewinn auf 17 Proz. der Lohnsumme festgesetzt. Der nach Zahlung der Löhne und sonstigen Geschäftskosten verbleibende Ueberschuß darf also nur zu 17 Proz. in die Tasche des Unternehmers fließen. Der Rest von 83 Proz. des Gewinns muß den Arbeitern ausbezahlt werden. Damit haben wir das erste Mal einen praktischen Fall von allgemeiner Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Lohn- und Gewinnregelung wird durch staatliche Lohnämter vorgegeben. Dem Unternehmer stellt ein Sechstel, dem Arbeiter fallen fünf Sechstel des Gewinnes zu.

„Schieferien“ im Schlichtungsausschuss.

Am 30. Juli las man in der Nummer 356 des „Lokalanzeigers“, daß der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin „eine in der Geschichte der öffentlichen Verwaltung unbekanntene Neuerung eingeführt“ habe, indem er am Freitag der letzten Woche seine sämtlichen Angestellten wegen der großen Hitze beurlaubt habe. Es soll nicht einmal möglich gewesen sein, in eigenen Angelegenheiten mit dem Schlichtungsausschuss ein Ferngespräch zu führen. Während die sonstigen Hand- und Kopfarbeiter ihren Pflichten auch während der größten Hitze nachgehen mußten, habe sich das Personal des Schlichtungsausschusses, auf Kosten der Steuerzahler, in Ruhe ergehen können. Dazu wird uns mitgeteilt, daß die Geschäftsführung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin am Freitag, den 29. Juli, die achtfünfstündige Arbeitszeit um 2 Stunden verkürzt und die Bureaus im allgemeinen um 2 Uhr geschlossen hat. Die Angestellten, deren Tätigkeit im Zusammenhang mit den Sitzungen standen, sind bis zum Schluß derselben im Dienst gewesen. Außerdem ist für den Verkehr mit der Öffentlichkeit nur die Zeit von 10—1 Uhr vorgezogen. Die Telefonzentrale war ebenfalls bis 4 Uhr im Dienst und auch nach dieser Zeit hat die Telefonverbindung mit der Geschäftsleitung, deren Vertreter bis 7 Uhr im Bureau war, bestanden. Zum Ueberschuß sei übrigens darauf hingewiesen, daß aus Gründen einer sachgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs auf den Briefbogen ausdrücklich angegeben ist, daß Fernsprechverkehr nur in der Zeit von 9 bis 3 Uhr möglich ist.

Anzutreffend ist, daß die Geschäftsleitung mit dieser Maßnahme eine bisher unbekanntene Neuerung eigenmächtig geschaffen habe. Die Geschäftsführung hat diese Anordnung vielmehr im Einvernehmen mit der vorgelegten Dienststelle getroffen, nachdem bereits mehrere Tage vorher bei anderen Behörden ähnlich verfahren worden war. Die Art, in der die Lasten einstellt der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, wird nur noch dadurch überboten, daß mit dieser Angelegenheit allgemeine Vorwürfe gegen die Geschäftsführung ohne jede nähere Begründung verquickt werden. Man sieht hieraus, auf peinliche Gewissenhaftigkeit pflegt es diesen Kreisen manchmal weniger anzukommen. Die Hauptfrage scheint zu sein, die öffentliche Meinung mit Abscheu gegen alles zu erfüllen, was nicht wilhelminisch ist.

Die Wachgestellen und die Teuerung. Eine Branchenversammlung der Wach- und Schliehangestellten beschäftigte sich mit der Wirtschaftslage, die sich durch die andauernde Preissteigerung für alle notwendigen Bedarfsgegenstände immer mehr verschlechtert hat. Das Gehalt dieser Branchenangehörigen ist leider trotz der auf dem Wachgestellen lastenden Verantwortung noch ziemlich niedrig. Nun steht am 15. August erneut eine gewaltige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel ein, deren Befreiung aus den bisher gezahlten Löhnen eine glatte Unmöglichkeit ist. Die Branchenversammlung stellte sich deshalb auf den Standpunkt, den Unternehmern die Forderung einer 25prozentigen Teuerungszulage zu unterbreiten. Da die Forderungen in Anbetracht der Teuerung bescheiden zu nennen sind, erwarten die Wächter, daß die Unternehmer dem Verlangen Rechnung tragen werden.

Ueber die neuen Lohnforderungen der holländischen Arbeiter und Angestellten verbreitet heute mittags eine Berliner Korrespondenz eine sehr sonntägige Mitteilung. In ihr wird behauptet, daß eine Verbesserung der jetzigen Gehälter und Löhne um 35 bis 40 Proz. verlangt werden würde. Wie wir dazu erfahren, ist die Reduktion in dieser Form unzureichend. Die zuständige Vertretung der Arbeiter und Angestellten hat über die Höhe der Forderungen überhaupt noch nicht gesprochen. Bisher haben nur einzelne Betriebsversammlungen dazu Stellung genommen.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Nachstehende Lokale sind für organisierte Gastwirtsgehilfen usw. gesperrt: „Badermannshöhe“, Inh. Kremer, Potsdam, Leipziger Straße; „Schweizerhaus“, Inh. Birholz, Redlig; „Gasthaus am Walde“, Inh. Splitt, Bornim, Potsdamer Str. 56. Inhaber obiger Lokale lehnen es ab, mit dem Zentralverband einen Tarif abzuschließen. Der Achtstundentag ist diesen Herren unbekannt, Löhne werden gezahlt, die mit den jetzigen Verhältnissen in keinem Einklang stehen. Die dort beschäftigten Kellner gehören der Organisation nicht an. Wir ersuchen alle organisierten Arbeiter, genannte Lokale zu meiden.

Die Hamburger Seelente zur neuen Seemannsordnung. Eine Versammlung der organisierten Seelente Groß-Hamburgs beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu den Beschlüssen der Reichskonferenz in Berlin. Es wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß dort namentlich die Neuordnung der Seemannsordnung behandelt wurde. Der von einer besonderen Konferenz ausgearbeitete Entwurf ist einer eingehenden Prüfung unterzogen worden und soll jetzt der Reichsregierung unterbreitet werden. Die Konferenz hat dann weiter beschlossen, an der Einrichtung des Aktionsausschusses seemannischer Berufsverbände festzuhalten. Zum Leiter der Reichskonferenz der Seelente des Transportarbeiterverbandes wurde für den ausgeschlossenen Paul Müller Köhler-Hamburg gewählt. Nach längerer Aussprache erklärte sich die Versammlung mit den gefassten Beschlüssen einverstanden.

Ein Lohnabkommen im englischen Bergbau. Die vorhergehende Regelung der Löhne der Bergarbeiter ist Freitag zustande gekommen. Sie soll bis zum Dezember Geltung haben.

Wirtschaft

Ein merkwürdiges Urteil des Reichsfinanzhofes.

Wir haben schon verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß die höchste deutsche Instanz in allen Steuerfragen, der Reichsfinanzhof zu München, immer mehr Urteile fällt, die der Industrie und dem Handel sehr gut in den Kram passen mögen, die aber in ihrer Wirkung auf eine Erhöhung der steuerlichen Erfassung industrieller und sonstiger Gewinne hinauslaufen. Vor einiger Zeit schon urteilte der Reichsfinanzhof einmal dahin, daß die Steuerbehörden vorgelegten Bilanzen als an sich richtig angenommen werden müßten. Wenn die Steuerbehörde dieser Meinung nicht sei, dann müsse sie den Beweis dafür antreten, die nötigen Auskünfte dazu könne sie ja von dem Aussteller der angezeigten Bilanz verlangen. Jetzt hat er ein Urteil gefällt, das dahin lautet, daß die Forderung des Finanzamtes, das „Entzifferung der Unkosten und Kreditoren einer Bilanz“ verlangt, unberechtigt sei, denn das bedeute die Forderung einer vollständigen Abschrift dieser beiden Buchkonten. Wir sind neugierig, wie die Finanzämter nunmehr die Bilanzen prüfen sollen. Einmal wird ihnen durch den Reichsfinanzhof gesagt, daß sie Auskünfte verlangen müssen, wenn ihnen die Bilanz nicht richtig erscheint, und zum anderen wird festgestellt, daß diese Auskünfte nicht ausführlich verlangt werden dürfen. Es erscheint uns denn doch notwendig, daß sich die zuständigen Stellen und die Öffentlichkeit mit den Urteilen des Reichsfinanzhofes etwas mehr beschäftigen, als das bisher üblich gewesen ist.

Einigt man sich?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus dem Ruhrbezirk melden, daß als „ein Zeichen gesunder wirtschaftlicher Auffassung“ eine Annäherung zwischen den französischen Schwerindustriellen und den deutschen Syndikaten sich bemerkbar macht. In gewöhnliches Deutsch überseht, heißt das, daß die von Stinnes in den Tagen von Spa leidenschaftlich verfolgte Idee einer deutsch-französischen Verständigung zwischen der dortigen Montanindustrie und den deutschen Kohlenlieferanten jetzt ihre Vermittlung zu finden scheint. Die berüchtigte Rede, die Stinnes in Spa hielt, soll ja darauf zurückzuführen sein, daß er damals bei der französischen Regierung deutlich abfiel. Wenn jetzt nach der Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten mit dem Plan umgeht, die eben geschiedenen direkten Beziehungen doch herzustellen, so muß man wohl annehmen, daß in der Zwischenzeit allerlei Verhandlungen gespielt haben. Die deutschen Syndikatskreise begrüßen die französischen Absichten als die Rückkehr von der bürokratischen Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft und meinen, diese würde für beide Teile Vorteile zur Folge haben. Wir befürchten, daß die beiderseitigen Vorteile auf beiden Seiten die Arbeiter durch Nachteile ausgleichen müssen.

Die Eisenkonjunktur.

Die Rheinischen Stahlwerke haben sich in letzter Zeit ebenfalls in das Gebiet der großen industriellen Kräfteverschiebungen und Umorganisationen begeben. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung des Unternehmens führte der Generaldirektor Haslach ein über die Lage auf dem Eisenmarkt aus, das Beachtung verdient. Er sagte: Auf dem Eisenmarkt sei seit ganz kurzer Zeit ziemlich unerwartet eine immerhin merkliche Belebung eingetreten, nachdem man vorher zu umfangreichen Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen gezwungen gewesen war. Die Belebung habe auch eine, wenn auch nur kleine Verbesserung der Preise gebracht. Das Schiebepunkt sei vom Eisenmarkt verschwunden. Die Belebung erstreckte sich auf die weitesten Zweige des Eisenmarktes mit Ausnahme des Blechmarktes, der immer noch notleidend sei.

Aus aller Welt.

Die Ruhr in München. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich im Monat Juli die Ruhr in München bemerkbar gemacht. Die Zahl der Erkrankten beträgt 18. Gestorben sind 7 bis 8 Personen. Zu einer Befreiung besteht nach amtlicher Versicherung kein Anlaß.

Entflohene Silberdieber. Das Landgericht Freiburg hatte seinerzeit zwei jugendburgische Staatsangehörige, die baltische und französische Silberfranten nach der Schweiz schmuggeln wollten, zu je zwei Millionen Geldstrafe verurteilt. Die beiden Beurteilten sind gestern nachmittags aus dem Freiburger Amtsgefängnis entwichen und in einem vor dem Gefängnisportal haltenden Kraftwagen über die Rheinbrücke nach dem Elsass entkommen.

Zu späte Hilfe? Die am Sonnabend zur Durchkletterung der Nordwand der Pragmarer Spitze ausgezogenen drei Innsbrucker Touristen wurden am Dienstagabend von der ersten Hilfsexpedition in der Mitte der Westwand der genannten Spitze festgesetzt. Es war jedoch nicht möglich, an sie heranzukommen. Die zweite Expedition erhielt am Morgen des Donnerstag auf verchiedene Zurufe keine Antwort mehr. Da die drei Touristen 5 Tage und 5 Nächte ohne Nahrung waren, wird das schlimmste befürchtet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin O. Abteilung Charlottenburg. Am Sonntag, den 7. d. Mts., Führung durch die Reichsanstalt für Eügelungs- und Erziehungspflege. Treffpunkt 9.30 Uhr morgens Straßenbahnhof Westenb. Um rege Beteiligung der anderen Abt. wird gebeten.

Veranst. für den rebatt. Zeitl. Dr. Werner Heiler, Charlottenburg: für Angehörige: 23. Gledt, Berlin. Berlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Deud: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Eüdd. (244. Preuß.) Klassen-Liste
I. Klasse I. Sitzungstag II. Sitzungstag

Auf jede gezogene Nummer sind gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Obere Gewinne	Nachtrag verbleibend
In der Vermittlung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen	
2 zu 150000 M 238448	
2 zu 30000 M 23082	
2 zu 3000 M 104127	
8 zu 1000 M 00148 00085 240600	
18 zu 500 M 32557 53005 57068 72118 75062 17041 190889 208188	
20 zu 400 M 20205 28200 40548 08740 115120 148707 140952	
150522 170616 188122 202076 244100 250600 278210	
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen	
2 zu 40000 M 204853	
2 zu 30000 M 271280	
4 zu 1000 M 05751 100221	
18 zu 500 M 20621 20462 06126 108040 159712 194301 281901	
20 zu 400 M 17612 17808 54980 00128 00940 00200 74058 82204 00261	
243719	

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle: Neutönn
Mündener Straße 53
Dom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der n. 18.—25. Juni veranstalteten Reisefahrt
Teilnehmerzahl einschl. Führer u. Verpflegung 500 Mann
Anmeldungen sind umgehend gegen Anzahlung von 100 M. an die Geschäftsstelle des V.-R.-V., Neutönn,
Mündener Str. 53, zu richten.

Einotypeseher
in dauernde Stellung per sofort gesucht.
Berliner Börsen-Zeitung
Stuedel u. Verlag, G. m. b. H.,
Kronenstr. 27. (10718)
Möbel
jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28
Strengste Diskretion.

Künstliches Höhensonnen-Institut
„Recipe“ Adolfstraße 12a am Krematorium
behandelt gewissenhaft innere und äußere Krankheiten
Sprechz. tagl. 9—7, Sonntags 9—1 Uhr. Kulante Zahlungsbedingungen. Günstige Fahrgelegenheit.
Stinnes Neu!
und seine 60000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herrschaft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Beteiligungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 65, Lindenstraße 2

Unvergleichbare Preise
für
Brillanten Gold-, Platin- und Silber-
Zahngelasse, alte Münzen, Dublé zahlt nur die führende Firma
H. Wiese
Artilleriestr. 30
5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
Tel.: Norden 1030

Für den Wassersport!
Strabes Wanderruderer-Führer
Hip Hip Hurra!
Wegweiser für Ruderer und Segler auf märkischen, mecklenburgischen und angrenzenden Gewässern.
15 Spezialkarten M. 8,—.
Neu erschienen:
50 Wasser-Wanderfahrten
im Gebiete der Elbe und Oder
M. 15,40.
Sortimentsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68
Lindenstraße 2.
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vater-Philipp-Schäler 29 M. vom Fotogen-Laboratorium, Dresden-Zachowitz 146. Schält Pickel, Mitesser, Sommerprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab, läßt anmutige Junge Haut zum Vorschein kommen. Erhält in der Elefantentapotheke, Leipz. Str. u. Orgerien Bastianstr. 2, Fehmarstr. 3, Reinickend. Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prützstr. 6

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I. E. Schillerstr. Keln Laden

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
u. w. Verkauf, Verleih, Austausch
Gemeinr.-Fabrik
Gustav Rätzl, Berlin W. 8, Markgrafestr. 50.
Schnellzeichen-Apparat Polygraph
D. R. P. Unentbehrlich für jedermann
10 Mk.
franko Nachnahme.
H. Honig, Köln
Victoriastr. 12

Erfindung und Selbständigkeit
haben Sie durch Ankauf rentablen, billigen Erfinders (auch mit Holmanns) Bestenpreis festgesetzte Beratung und Beschaffung der besten Maschinen
Rauscher geeigneter Geschäftsleute durch die bekannte Maschinenfabrik
Rauscher, Ritzstr. 22 (Markthalle), 9—5 Uhr. Große Auswahl nachteilig gutgehende Geschäftsleute jeder Branche. Günstige Referenzen vorlegen. Nur persönliche Anschauung.